

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



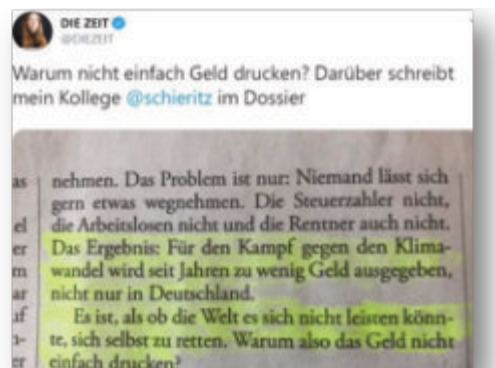
www.afdbayern.de

AfD



ZEIT: „Geld drucken gegen Klimawandel“

Die ZEIT-los Danebenliegenden haben mal wieder zugeschlagen. Nach EZB-Lagarde hat nun auch der hyperkeynesianistische EZB-Claqueur Schieritz von der ZEIT die ultimative Lösung gegen den Klimawandel gefunden: „Geld drucken“. Es ist so einfach, dass man es einfach nur aussprechen und tun muss. Als ob es bislang noch keine Zentralbank täte.



den. Im Oktober 2012 wollte er auf der Titelseite der ZEIT-Printausgabe als Antwort auf unsere „Holt unser Gold heim“-Initiative lieber das Gold „im Atlantik versenken“ als es heimzuholen, was ja dann nur 3 Monate später die Bundesbank wenigstens teilweise getan hat!



„Warum das Geld gegen den Klimawandel nicht einfach drucken?“

Schön gleich die ersten beiden Kommentare unter diesem Tweet:

„Eieieiei Gut dass noch niemand auf diese geniale Idee gekommen ist: <Dann Chart der Geldmengenentwicklung seit 2000 versus Wirtschaftsentwicklung – mind Faktor 2 dazwischen>“

„Ernstere Frage @DIEZEIT : Reicht schon Besuch der #Grundschule, um bei euch über ernste Themen zu schreiben? Welche revolutionären Vorschläge kommen noch? Pizza in 16 statt 8 Stücke zu schneiden, damit doppelt so viele Leute satt davon werden? #wirtschaftenwieDIEZEIT #retarded“

=> Doch man weiß ja, woher es kommt bei der pseudointellektuellen ZEIT: Schieritz war schon immer der Geldnichtverstehender schlechthin. Insbesondere das wahre Geld Gold hat er nie verstan-

den. „Warum fragt keiner, wozu der Goldschatz gut ist. Gold bringt keine Zinsen. ... Die 1.546 Tonnen aus New York sollte man im Atlantik versenken. ... Es wäre keine irre Idee, die Reserven der Bundesbank einfach ins Meer zu werfen.“

=> Tja – das war Ende 2012 – als Gold noch um die 1.000 EUR stand (heute erheblich höher und steigend). Doch Schieritz hat nichts dazugelernt, seitdem er mal eben 100 Mrd. EUR im Atlantik versenken wollte. In einem ganz neuen Traktat namens „Geld her, Geld her!“ denkt er wirklich „mal über Geld nach“ – hat aber wieder kein Glück dabei, denn er kommt schon wieder zum gleichen Ergebnis: „Einfach mehr davon drucken, und alles ist gut“. Er sollte dringend mal Roland Baader lesen: „Man kann sich nicht reich drucken!“.

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de

[/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)



Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



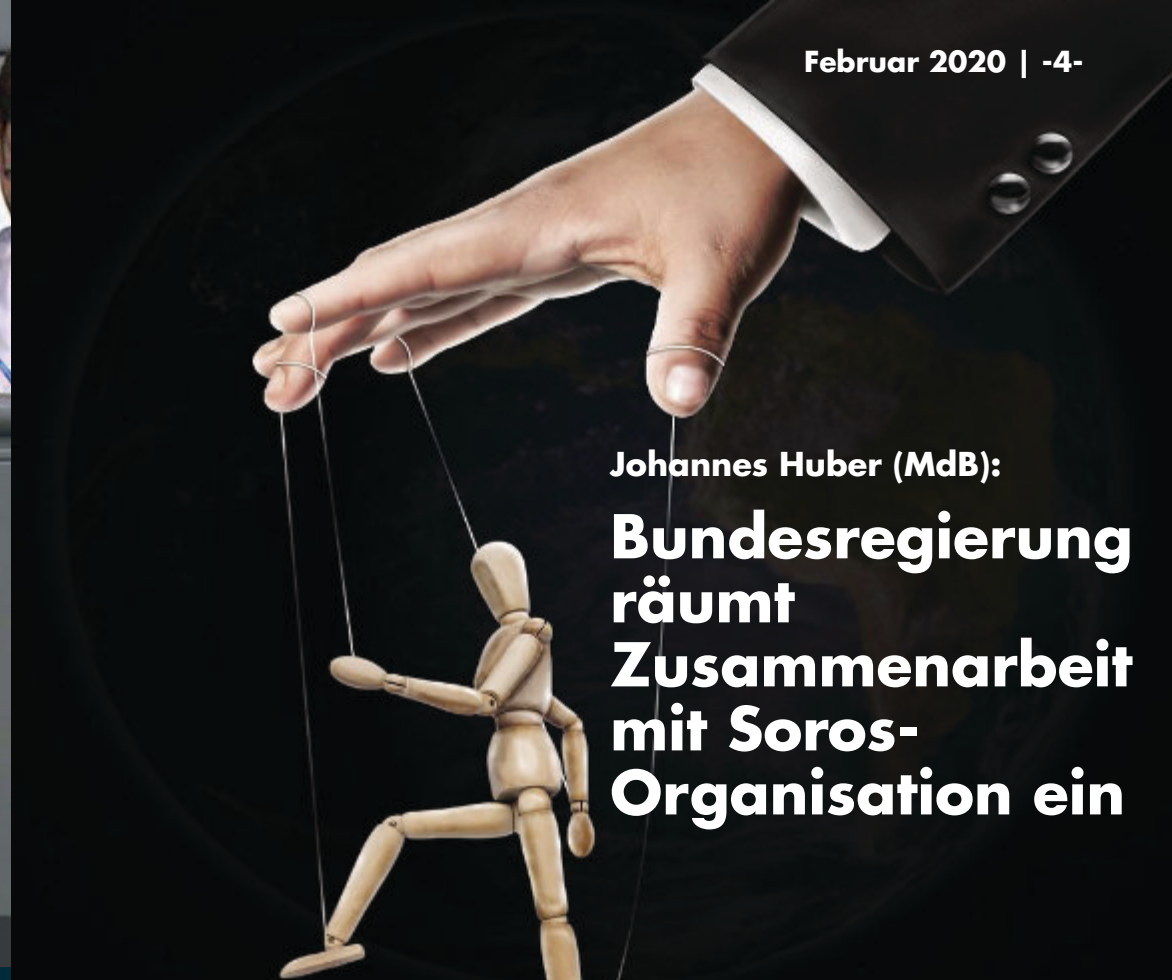
johannes.huber@bundestag.de



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)



Johannes Huber (MdB):

Bundesregierung räumt Zusammenarbeit mit Soros-Organisation ein

Wie sich aus der Antwort auf eine Einzelfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Johannes Huber ergibt, räumt die Bundesregierung ein mit der Organisation „European Council on Foreign Relations“ in Kontakt zu stehen. Diese wird von der Open Society Foundation des umstrittenen Milliardärs George Soros maßgeblich finanziert. In der Antwort des Auswärtigen Amtes heißt es dazu „Erkenntnisse aus diesen Kontakten fließen in die vorbereitende Diskussion zu politischen Entscheidungen und zum Regierungshandeln ein.“ Der ECFR setzt sich unter anderem für ein stärkeres Engagement der Europäischen Union in der

Außen- und Verteidigungspolitik ein und war bereits in der Vergangenheit bei Beratungen zu UN-Resettlement Programmen beteiligt. Er wird stark von US-Amerikanischen Interessen geleitet. Johannes Huber äußert sich besorgt über den Einfluss der Organisation: „Wir dürfen nicht zulassen, dass aus dem Ausland gesteuerte und finanzierte NGOs unsere Souveränität weiter untergraben. Anstatt mit diesen fragwürdigen Vertretern fremder Interessen zu kooperieren, sollte man sich in der Bundesregierung eher mit der schärferen Kontrolle dieser oder möglicher Organisationsverbote befassen.“

Jan Timmermans und der „Green Deal“



**Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef**

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Ordentliches Mitglied

- **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**
- **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

 rainer.kraft@bundestag.de

 [/dr.rainer.kraft](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft)

 [@Dr_Rainer_Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

 www.rainer-kraft-mdb.de

Im Dezember letzten Jahres stellte die frischgebakene, demokratisch nicht legitimierte und im EU-Wahlkampf nicht präsente EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Rande der Klimakonferenz in Madrid die Eckpunkte des neuen ‚Green Deal‘ der EU vor.

Im Januar kam nun ihr Stellvertreter, Frans Timmermans von den europäischen Sozialisten, in den Umweltausschuss des Bundestages um Werbung für diesen Green Deal zu machen. Umgeben von einer Wolke aus Hofschranzen betrat er den Raum und wurde von den Vereinigten Sozialisten im Bundestag gleichermaßen freudig wie ehrerbietig begrüßt.

Seiner kurzen Vorstellung folgten zwei Fragerunden in denen es den Abgeordneten der Fraktionen erlaubt war Fragen an Herrn Timmermans zu stellen. In seiner Eingangsrede hatte dieser recht freimütig zugegeben, dass der „Green Deal“ für die Bürger der EU sehr, sehr teuer werden wird und dass es für einige Bürger der EU auch sehr schmerzhaft Veränderungen geben wird. Dass dies wohl vor allem für die deutschen Bürger gelten wird, ließ Timmermans allerdings unerwähnt. In der ersten Fragerunde wollte ich Herrn Timmermans nun für seine unerwartete Ehrlichkeit loben, denn damit hatte ich so tatsächlich nicht gerechnet. Allerdings schien ihm das erst durch meine Frage klar geworden zu sein, denn er wollte davon plötzlich nichts mehr wissen und beschrieb stattdessen ein Szenario, dank des „Green Deal“ blühender Landschaften und prosperieren-

der Wirtschaft. Meine Frage, woher denn die 2.600 Milliarden Euro kommen sollen, die der „Green Deal“ bis 2030 kosten soll, lies er unbeantwortet. Statt zu antworten, versuchte er, mich mit Phrasen abzukanzeln. Bedeutungsschwanger verkündete er, er wisse mit Parteien mit solch einer Ideologie umzugehen, da er sie schon aus dem niederländischen Parlament kenne. Aus den anderen Fraktionen waren keine wirklich kritischen Fragen zu vernehmen. Alles kam recht harmlos daher und die absurde Idee dieses „Green Deal“ wurde allgemein begrüßt.

In der zweiten Fragerunde musste sich Timmermans mit brüskem Gelächter Zeit für eine Antwort verschaffen. Ich hatte klar gemacht, dass die Veröffentlichung des hoch gepriesenen „Green Deals“ vermutlich für viele Briten der letzte Anstoß gewesen ist, sich bei den Unterhauswahlen klar für Boris Johnsons Konservative und damit klar für eine zügige Umsetzung des Brexit zu entscheiden. Ich fragte dazu, was er denn glaube, wie viele Nationen im Jahre 2030, nachdem man die 2.600 Milliarden Euro in sozialistischer Planwirtschaft versenkt hat, noch Mitglied der EU sein werden. Im Brustton tiefster Überzeugung versicherte er, dass die EU im Jahr 2030 hoffentlich noch viele neue Mitgliedsstaaten haben werde, vornehmlich vom Westbalkan. Wie diese Länder solche Kosten schultern sollten interessierte Timmermans nicht. Für ihn war klar: Den Green Deal in seinem Lauf, den halten weder Ochs‘ noch Esel auf.



**Hans-Jörg Müller, MdB
Parlament. Geschäftsführer**

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f [/MdB.Mueller](https://www.facebook.com/MdB.Mueller)

Ende des Wohlstands

Bundespräsident a.D. stimmt die Deutschen auf das Ende des Wohlstands ein

Der als weitsichtig bekannte und durchaus kritischer Geist gegen die Politik von Angela Merkel zu bezeichnende Bundespräsident a.D. und ehemalige geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Prof. Dr. Horst Köhler, macht in seinen jüngsten Aussagen darauf aufmerksam, dass man Abschied von lieb gewonnenen Konsumgewohnheiten nehmen müsse.

In diesen Aussagen verpackt er auch die Aussage, die Kreislaufwirtschaft müsse wiederentdeckt werden und angewendet werden. Auch spricht er von der Dekarbonisierung der Produktion und des Konsums.

res Industrieland der Welt sich politisch seinen eigenen Ast so sehr absägt, wie dies Deutschland unter der amtierenden Regierung und unter einer Treibjagd durch grünen Ungeist und kindliche Klimahysterie, vor macht, können die Worte von Horst Köhler nur auf dieses, unser Land, bezogen sein.

Die bisherigen Einlassungen dieses höchst umsichtigen Mannes zu wirtschaftlichen Themen hatten bisher meist historische Relevanz und wurden von den Mächtigen der EU und der Einheitsparteien in Deutschland deshalb immer mit einer gewissen Angst wahrgenommen.

Diese Aussagen können sinngemäß nur so interpretiert werden, dass ein Ende des Wohlstands, explizit in den westlichen Ländern und wohl allem voran in Deutschland, eingeläutet werden soll.

Denn, wie er in seinen weiteren Worten betont, so soll diese Transformation vor allem mit einer Energiewende vollzogen werden, in welcher auf Kohle, Öl und langfristig auch Gas, verzichtet werden soll. Und da kein ande-

Aus diesem Grund sollte man auch heute nicht vor diesen Warnungen und der Ankündigung eines WOHLSTANSENDES die Augen verschließen!

Die Politik der amtierenden Regierung unter Einbeziehung der wirtschafts- und technologiefeindlichen Grünen wird Deutschland in den Abgrund führen und die Bürger des Landes in die Armut treiben.

„Ich kann mich nicht erinnern“

Dieser Satz wird mir als Ergebnis der Zeugenbefragung im Untersuchungsausschuss zur Berater-Affäre des Bundesministeriums der Verteidigung unter der ehemaligen Ministerin Ursula von der Leyen in Erinnerung bleiben.

Der erste Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses, dem ich als AfD-Vertreter angehöre, sichtet seit nunmehr einem Jahr Unmengen an Aktenmaterial und befragt dutzende Zeugen. Als Abgeordnete gehen wir akribisch der Frage nach, wie reihenweise millionenschwere Aufträge am Vergaberecht vorbei an externe Berater gehen konnten. Die bisherige Erkenntnis: Berater sind im Verteidigungsministerium unkontrolliert ein und aus gegangen. Sie durften nach Belieben schalten und walten und haben dabei Millionen Steuer-gelder verbrannt ohne erkennbaren Nutzen für die Bundeswehr. In unseren Befragungen, die jeden Donnerstag in den Sitzungswochen von mittags bis weit nach Mitternacht stattfinden, zeigt sich immer wieder dasselbe Bild: Akten werden erst nach ausgiebigen Schwärzungen an den Ausschuss herausgegeben und Zeugen aus dem zuständigen Beschaffungsamt erklären uns, was sie denn noch prüfen sollten, wenn die Vergabeentscheidung durch hochrangige Repräsentanten des Ministeriums ohnehin schon gefallen sei. Der Aufklärungswille im Verteidigungsministerium ist so gut wie nicht vorhanden. Meine Fragen an die Zeugen stoßen auf eine Mauer des Schweigens und der kollektiven Amnesie. Je hochrangiger die Befragten sind desto geringer stellen sie ihre Zuständigkeit und persönliche

Verantwortlichkeit dar.

Nun geht unsere Arbeit im Untersuchungsausschuss in die Schlussphase. Letzten Donnerstag war die ehemalige Rüstungsstaatssekretärin, Frau Dr. Katrin Suder, eine Ex-Top-Managerin bei McKinsey und Schlüsselfigur an der Seite ihrer Duz-Freundin von der Leyen, als Zeugin geladen. Suder hat das System erkannt und wusste es zu nutzen. Alte Bekannte aus Beraterzeiten bekamen schnell Aufträge in Millionenhöhe oder wurden an die Spitze einer Bundeswehr-Tochterfirma geholt. Auf investigative Vorhalte von mir zeigte sich Frau Suder genervt und arrogant. Sie stritt den offensichtlichen Einfluss Ihrer Kennverhältnisse auf Vergabeentscheidungen strikt ab. Wurden meine Fragen zu bohrend gab sie nach permanentem Austausch mit ihrem Anwalt, den sogar der Vorsitzende des Ausschusses zur Ordnung aufrufen musste, schnell die Standardantwort: „Ich erinnere das nicht“.

Mitte Februar kommt als letzte Zeugin die ehemalige Verteidigungsministerin Dr. von der Leyen zur Zeugenbefragung in den Ausschuss. Eine alte Tradition im Militär besagt: Wer die Führung innehat, der muss für Versagen geradestehen. Ich werde Frau von der Leyen schonungslos fragen, warum sie als politische verantwortliche Ministerin vor dem Kontrollverlust und der offensichtlichen Vetternwirtschaft im Bundesministerium der Verteidigung die Augen verschlossen hat. Es wird sich zeigen, zu welchen Erinnerungsleistungen die heutige Repräsentantin der EU fähig ist, wenn es um ihre eigene Verantwortung geht.

Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

Stellvertretendes Mitglied:

- Haushaltsausschuss

 [/gerold.otten/](https://www.instagram.com/gerold.otten/)

 [@gerold_otten](https://twitter.com/gerold_otten)

 [/gerold.otten.3](https://www.facebook.com/gerold.otten.3)

Web: www.geroldotten.de



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Bundesweite Bauernproteste

Bauernproteste landesweit – Der eher unscheinbare Wirtschaftszweig hat sich mit einem Schlag in das Bewusstsein der Gesellschaft und Politik katapultiert. Hat aber die Mehrheitsgesellschaft wirklich verstanden, warum die Landwirte auf die Straße gegangen sind?

Die Bauernproteste haben Fragen aufgeworfen und wurden sogar mit Unverständnis begegnet. Seien die Landwirte nicht die Umweltzerstörer, die Tierquäler und Insektenvernichter, deren einziges Motiv der Profit ist? Dazu bekämen sie noch große EU-Subventionen. Leider gibt es sogar vereinzelt innerparteiliche Stimmen, die in dasselbe Horn geblasen haben.

Wer sich aber mit den Landwirten näher beschäftigt stellt schnell fest, dass sie Opfer jahrelanger Vernachlässigung und sogar aktiver Bekämpfung seitens aller alten Parteien geworden sind. Deutschlands Landwirte nehmen weltweit eine Führungsrolle im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft, im Bereich des Tierschutzes ein und sie setzen weltweit Maßstäbe für qualitativ beste Lebensmittel. All dies führt dazu, dass Deutschlands Bürger

eines der vielfältigsten Produktangebote in Supermärkten vorfinden – und das zu einem erschwinglichen Preis für jedermann.

Was hat dafür die Politik der vergangenen Jahrzehnte geleistet? Massive Restriktionen, fragwürdige Methoden bei Nitratwertanalysen zu Ungunsten der Landwirte, unnötige Bürokratisierung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das Fass wurde nun aus dem Boden geschlagen, als die Düngemittelverordnung einfach verschärft worden ist, ohne die Wirksamkeit der letzten Verschärfung zu überprüfen.

Meine Empfehlung an jeden von uns: Gehen Sie zu den Landwirten, lassen Sie sich ihre Betriebe zeigen, suchen Sie das Gespräch vor Ort, und kaufen Sie lokal! So helfen Sie der Umwelt und den Landwirten gleichzeitig.

Mein Arbeitskreis arbeitet daran, Lösungen zu finden, die den Umwelt- und Tierschutz fördern, und die auch gleichzeitig die Landwirte unterstützen. Denn sie ernähren uns nicht nur, sondern fördern die Biodiversität und sind wichtige Bausteine im Erhalt von unserer Kultur und Tradition im Land!



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied:

- **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

@ martin.sichert@bundestag.de

f /sichertmartin

Anfragen der AfD - Regierung im Dauerstress

Mit der AfD ist endlich eine Opposition in den Bundestag eingezogen und hat die Demokratie in Schwung gebracht. Vor Einzug der AfD wurden in der gesamten 18. Legislaturperiode nur 3.953 Kleine Anfragen an die Bundesregierung gestellt. Seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode sind es nun zur Halbzeit bereits 6.185 Anfragen, schon jetzt 60% mehr, als während der gesamten vorhergehenden Regierungsperiode. Spitzenreiter der Fraktionen ist die AfD mit 1.805 Anfragen.

Kleine Anfragen sind ein wichtiges Mittel der Regierungskontrolle durch die Legislative, denn durch sie können Sachverhalte und Zahlen erfragt und publik gemacht werden, die die Regierung ansonsten lieber der Öffentlichkeit verschweigt. Auch ich nutze sie gern und häufig und habe bislang 37 Kleine Anfragen gestellt, um Licht ins Dunkel des Regierungshandelns zu bringen. Über etliche dieser Anfragen wurde in den Medien berichtet. Zum Beispiel berichteten nahezu alle relevanten Medien bundesweit über meine Kleine Anfrage, die offen legte, dass rund 30.000 Asylbewerber, die seit 2012 einen Asylantrag gestellt und Deutschland dann verlassen hatten, wie Clan-Chef Miri zwischenzeitlich wieder eingereist sind und einen neuen Asylantrag gestellt haben. Mit einer anderen Anfrage wurde Söders Nullnummer Grenzpolizei aufgedeckt: 600 Polizisten waren 500 Tage im Einsatz, um gerade einmal 23 Personen an der Grenze zurückzuweisen. Aus der Anfrage zu gestohlenen Aufenthaltsdokumenten

der Berliner Ausländerbehörde wiederum ging hervor, dass der Regierung seit 2017 bekannt ist, dass illegale Migranten mit gestohlenen Aufenthaltstiteln widerrechtlich in Deutschland leben und Sozialleistungen kassieren. Passiert ist bis heute: Nichts! Bei vielen Anfragen versucht sich die Regierung wie ein Aal zu winden. Zum Beispiel bei einer Anfrage zur Zahl der Familiennachzüge von Asylbewerbern, die die Regierung selbst nach zweimaligem Nachhaken nicht eindeutig benennen konnte. Da drängt sich die Frage auf: Sind die Zahlen so schockierend, dass die Bundesregierung sie verschleiern muss? Ich werde jedenfalls am Thema dran bleiben und versuchen auch hier hinter die Kulissen zu schauen.

Mit Einzug der AfD ist Schluss mit der geruhsamen Selbstbeweihräucherung im Kanzleramt – wir bringen Merkels Regierung dermaßen auf Trab, dass das Kanzleramt nun bat, die Parteien mögen die Flut ihrer Anfragen doch bitte drosseln. Nicht mit uns! Demokratie lebt von Transparenz! Daher werden wir auch weiterhin unbequeme Fragen stellen und uns nicht mit Phrasendrescherei abspesen lassen. Ein großer Dank an dieser Stelle an die Abgeordneten der Landtagsfraktion, insbesondere den Kollegen Mang, dank deren mithilfe auf Landesebene es gelang, bei einigen Themen durch koordinierte Anfragen auf Landes- und Bundesebene unbequeme Wahrheiten ans Licht zu bringen.

Gesunder Menschenverstand ist gefragt:

Radverkehr fördern – aber kein Kampf gegen Autos!

Die meisten Entscheidungen über die Verkehrsplanung fallen vor Ort in den Kommunen, aber viele Weichen stellt die Bundespolitik. Im Januar hat der Bundestag Änderungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) in Sachen Radverkehr debattiert. Dabei ist wieder die ideologische Schlagseite sichtbar geworden, mit der heute im Bundestag unter der Überschrift „Verkehrswende“ Verkehrspolitik gegen das Auto gemacht wird.

Radfahren ist gesund, bringt Bewegung und ist für kurze Strecken oft auch sehr praktisch – viele Städte und Gemeinden fördern es deshalb gezielt.

Das Vorbild anderer Länder führt dabei oft weiter als die in Deutschland verbreitete Rad-oder-Auto-Debatte. Beispiel Kopenhagen: dort baut man ein eigenständiges Radwegenetz, abseits der Hauptstraßen für den motorisierten Verkehr – und dort halten sich alle Radfahrer mit großer Disziplin an die Verkehrsregeln, schon um ihrer eigenen Sicherheit willen.

Gegenbeispiel München: dort betreibt man Radwegebau gezielt zu Lasten des Autoverkehrs und will exakt auf die Straßen des Münchner Altstadttrings besonders breite Radwege bauen. Radweg-Verbesserungen sollen „prioritär durch Umwidmung von Flächen für Kfz-Fahrspuren oder Kfz-Parkplätze und gegebenenfalls auch zu

Lasten der Leistungsfähigkeit des Kfz-Verkehrs umgesetzt werden“ (Zitat aus einem Stadtratsbeschluss, dem auch die CSU zugestimmt hat!). Praktische Vernunft und gesunder Menschenverstand würden uns weiterbringen. Zum Beispiel:

- Der Rechtsabbiegeassistent muss in möglichst alle Lastwagen eingebaut werden – auch als Nachrüstsatz. Die Fördermittel des Bundesverkehrsministeriums hierfür sind aber völlig unzureichend!
- Beim Überholen von Radfahrern müssen Autos den nötigen Abstand einhalten; das wird in der StVO jetzt klargestellt.

Wir brauchen aber keine Schikanen! Die bringen nämlich viel mehr Ärger als Nutzen. Aber auch das droht mit der neuen StVO:

- Tempo 30 auf Hauptstraßen unabhängig von Gefahrensituationen: wenn das kommt, wird vielerorts die Verkehrsberuhigung in den Nebenstraßen wieder umgekehrt!
- Breite Parkverbote an allen Kreuzungen dieses Landes, auch in Wohngebieten mit Tempo 30 und Rechts vor Links. Die berechtigten Klagen der Anwohner über Parkplatzmangel sind vorprogrammiert!



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f [/W.wiehle](https://www.facebook.com/W.wiehle)

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**